



NEWSLETTER

Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter

30.03.2024



Wir wünschen Ihnen
und Ihrer Familie
schöne Osterfeiertage

Das Aus des Bamberger Schlachthofs ist beschlossen: Am Mittwochabend hat eine Stadtratsmehrheit dafür gestimmt, dass sich die Tore des Schlachthofs zum 30. Juni schließen. Der BBV befürchtet, dass dies vor allem auf kleinere landwirtschaftliche Betriebe und Direktvermarkter Auswirkungen haben wird. Ganz überraschend kam die Entscheidung nicht. Der Aufsichtsrat des Schlachthofs hatte bereits zuvor dem Stadtrat aus wirtschaftlichen Gründen die Schließung des Betriebs empfohlen.

Geringe Auslastung: Schlachthof machte bereits Verluste: Wöchentlich würde ein Defizit von rund 40.000 Euro entstehen, weil die Auslastung zu gering sei. Auf's Jahr hochgerechnet bedeute dies einen Verlust in Millionenhöhe. Die Stadt könnte dies nicht dauerhaft ausgleichen, hieß es in der Stadtratssitzung. „Das ist ein Schlag ins Gesicht“, sagt Torsten Gunselmann, Pressereferent des BBV-Oberfranken, auf Nachfrage des Wochenblatts, „die regionalen Betriebe haben das Nachsehen.“ Folge der Schlachthofschließung sei, dass längere Transportwege erforderlich sein werden. Das widerspreche dem Tierwohl-Gedanken und verursache höhere Kosten.

Direktvermarkter und Landmetzgereien besonders betroffen: Für Dieter Heberlein (BBV) steht fest, dass es in der Vergangenheit versäumt worden ist, den Schlachthofbetrieb auf veränderte Marktverhältnisse anzupassen – die Schweine- und Rinderhaltung sei rückläufig, darauf habe man nicht reagiert. Besonders Direktvermarkter und Landmetzgereien in der Region seien vom Aus des Bamberger Schlachthofs betroffen. Wie Heberlein weiter ausführte, haben erste Gespräche gezeigt, dass Schlachthöfe an anderen Standorten wie Hof, Bayreuth und Erlangen wohl noch freie Kapazitäten hätten, um Tiere aufzunehmen. Des Weiteren wird nach Lösungen für kleinere landwirtschaftliche Betriebe gesucht, um diese nicht zu verlieren. „Mit großem Bedauern“ hat das Landwirtschaftsministerium auf die nun beschlossene Schließung des kommunal geführten Bamberger Schlachthofs reagiert.

Quelle: agrarheute.com

Schweine sollen an die frische Luft und mehr Rohfaser fressen, gleichzeitig aber möglichst wenig Nährstoffe ausscheiden und Emissionen verursachen. Hier sind Zielkonflikte vorprogrammiert. Müssen wir uns also künftig zwischen Tier- und Umweltschutz entscheiden? Welche Widersprüche sich bei den Nährstoffausscheidungen in besonders tiergerechten Haltungsverfahren ergeben, stellte Prof. Stephan Schneider von der Hochschule Nürtingen-Geislingen vergangene Woche auf den KTBL-Tagen in Weimar vor. Organisches Beschäftigungsmaterial spielt im staatlichen Tierwohllabel und den Tierwohlprogrammen des Handels eine große Rolle.

Das Problem: Fressen die Schweine zusätzliches Grobfutter, scheiden sie auch mehr Kot aus. Denn Stroh, Grascobs und Co. ersetzen das Hauptfutter nicht. Stattdessen nehmen die Schweine insgesamt mehr Futter auf und die Nährstoffbilanz wird schlechter. Außerdem kann es vorkommen, dass die Schweine das Grobfutter nicht vollständig aufnehmen, sondern es durch die Spalten in die Gülle fällt. Das erhöht den Nährstoffeintrag abermals.

Gleichzeitig nimmt mit steigendem Rohfasergehalt in der Ration die Verdaulichkeit insbesondere von Rohprotein kontinuierlich ab. Dadurch scheiden die Schweine mehr Stickstoff ungenutzt aus, was die Stickstoffbilanz weiter verschlechtert.

Kontroverse um Umweltschutz und Tierwohl: Die TA-Luft schreibt jedoch genaue Obergrenzen für die maximalen Ausscheidungen von Stickstoff (N) und Phosphor (P₂O₅) pro Tierplatz und Jahr vor. Sie richten sich unter anderem nach den angestrebten Tageszunahmen und Durchgängen pro Jahr. Als Basis dienen die Nährstoffausscheidungen der stark N/P reduzierten Fütterung laut DLG-Empfehlung. Prof. Schneider demonstrierte anhand eines Beispielbetriebs, dass bereits das Angebot von 1 % Grascobs zusätzlich zum Hauptfutter ausreichen kann, um die Grenzwerte der TA Luft zu überschreiten. Andererseits seien faserhaltige Futtermittel ein wichtiges Werkzeug, um Ammoniak- und Geruchsemissionen zu mindern. Und sie helfen dabei, Schwanzbeißen zu reduzieren. „Wir müssen uns entscheiden: Ist Umweltschutz oder Tierwohl wichtiger?“, beschrieb er das Dilemma.

Dass Gesetze und Tierwohllabel immer mehr Rohfaser fordern, beurteilt Schneider als voreilig. Denn bislang würden ausreichende wissenschaftliche Erkenntnisse dazu fehlen. „Erst einmal brauchen wir verlässliche und einheitliche Untersuchungs-methoden, um die Wirkung von Futtermitteln auf Umwelt und Tierwohl sinnvoll bewerten zu können“, forderte er.

Technik mindert Ammoniak: Dass Umweltschutz in Tierwohl-Ställen funktionieren kann, erklärte anschließend Prof. Eva Gallmann von der Universität Hohenheim. Im EmiDat-Projekt hat sie zusammen mit anderen Wissenschaftlern die Ammoniak-(NH₃) Emissionen in insgesamt acht Mastställen mit Ausläufen gemessen. Vier Ausläufe waren planbefestigt und eingestreut. In den anderen war der Boden perforiert. In den planbefestigten Ausläufen haben die Wissenschaftler einen Durchschnittswert von 3,9 kg NH₃ pro Tierplatz (TP) und Jahr ermittelt. Bei Spaltenböden waren es 2,4 kg pro TP/Jahr. Zum Vergleich: In einem zwangsbelüfteten Stall betrug der Mittelwert 3,4 kg NH₃ je TP/Jahr.

Weiterführend haben die Wissenschaftler im EmiMin-Projekt untersucht, wie stark bestimmte Techniken die Emissionen mindern können. In vier Tierwohlställen haben sie dazu den Einsatz von Unterflurschiebern in Kombination mit einer Kot-Harn-Trennung bewertet. Hier befindet sich mittig unter dem perforierten Kotbereich eine Harnrinne. Die Sohle des Güllekanals hat zur Mitte hin auf beiden Seiten ein Gefälle von 3-10 %. Darüber verläuft ein Schieber, der den Kot aus dem Stall befördert. Laut den Messungen reduzieren sich die Emissionen in diesem System auf 1,2 kg NH₃ pro TP/Jahr. „Eine Kot-Harn-Trennung kann die Ammoniak-Emissionen somit im Schnitt um 49 % mindern“, fasste Prof. Gallmann die Ergebnisse zusammen.

In einem weiteren Versuch haben die Forscher zusätzlich einmal täglich einen Urease-Hemmer mithilfe einer Rückenspritze auf den Spaltenboden aufgetragen. Dabei reduzierten sich die Emissionen noch weiter auf 0,9 kg NH₃ pro TP/Jahr. „Damit haben wir bewiesen, dass die Emissionen in Außenklimaställen mit der entsprechenden Technik erheblich niedriger sein können als in zwangsbelüfteten Ställen“, fasste Prof. Gallmann zusammen.

Das Konzept von Bundesagrarminister Cem Özdemir zum Tierwohlcent könnte für die Bauern zum Bumerang werden. So warnt der Raiffeisenverband davor, dass am Ende die Tierhalter mit der Abgabe belastet werden, und nicht die Verbraucher.

Kritik an Flaschenhals am Schlachthof: Raiffeisenpräsident Franz-Josef Holzenkamp lehnt daher Özdemirs Vorschlag ab, dass Schlachthöfe und Zerlegungsbetriebe als „Flaschenhals“ in der Wertschöpfungskette die Abgabe vom Nettopreis an das Zollamt abführen sollen. „Bei einer solchen Erhebung einer Verbrauchsteuer sei davon auszugehen, dass die Abgabe kalkulatorisch innerhalb der Kette vom Erzeugerpreis abgezogen wird. „Damit wären die Landwirte die Leidtragenden, die gestärkt werden sollen“, heißt es in Holzenkamps Brief an die jeweiligen Agrarsprecher der Ampelfraktionen, Renate Künast (Grüne), Susanne Mittag (SPD) und Gero Hocker (FDP).

So verhandeln Schlachthöfe, Zerlegungsbetriebe oder auch Molkereien ihre Preise mit dem Lebensmittelhandel auf Nettobasis. Branchenvertreter sehen es daher als schwierig an, einen Tierwohlcent auf dieser Basis an den Lebensmittelhandel, und damit an den Verbraucher durchzureichen.

Borchert-Kommission empfahl anderes Vorgehen: Der Borchert-Kommission war das Problem bekannt. Daher hatte sie auch der Politik empfohlen, die Abgabe auf der Endverbraucherstufe zu erheben. Nach der Machbarkeitsstudie des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollte die Verbrauchsteuer dann entstehen, wenn zum Beispiel der Lebensmittelhändler die Ware aus seinem Warenlager entnimmt, um sie dann in seinem Geschäft zu verkaufen. Dann könnte der Händler diese Verbrauchssteuer in den Verkaufspreis einkalkulieren und sie auf den Kunden abwälzen.

Offen bleibt dabei natürlich, ob die Kunden solchen Verteuerungen akzeptieren, mit Kaufzurückhaltung reagieren oder auf andere ausländische, günstigere Produkte zurückgreifen.

Praxisferne Förderbedingungen: In seinem Brief an die drei Fraktionen moniert Holzenkamp zudem die aktuellen Förderrichtlinien im Bundesprogramm Schweinehaltung. Sie seien mehr hinderlich als förderlich. Somit sei nicht gewährleistet, dass die Mehreinnahmen aus dem Tierwohlcent, wirklich für die Tierhalter zur Verfügung stünden. Der Raiffeisenpräsident fordert daher praxisnahe und angemessene Förderbedingungen.

Quelle: wochenblatt-dlv.de



Vor dem Beginn der Karwoche haben die Schweineschlachtungen in der Europäischen Union zugenommen. Das Ostergeschäft ist weitgehend gelaufen, und die Fleischvermarkter warten nun dringend auf Nachfrageimpulse und bessere Margen in der Grillsaison. Die Erzeuger lieferten ihre Tiere zügig ab, weil an Ostern Schlachttage ausfallen und Überhänge vermieden werden sollen. Die Schlachtunternehmen waren aufnahmebereit, um letzte Frischware für den Osterbedarf zu produzieren. Insgesamt wurde der Markt in Deutschland und auch in anderen EU-Staaten als recht ausgeglichen beschrieben. Spürbar knapper dürften Schlachtschweine im Vergleich zum Bedarf werden, wenn wärmere Temperaturen und Sonnenschein den Start der Grillsaison einläuten und die Nachfrage nach Schweinefleisch spürbar anzieht. Das Ostergeschäft hat laut Analysten gewisse Impulse für den Absatz von Saisonartikel gebracht. Es war aber kaum in der Lage, die Preise am Fleischmarkt so nach oben zu treiben, um die gestiegenen Estandskosten für Schweine auszugleichen. Bei den Schlachtunternehmen gingen Margen verloren, weshalb sie einen weiteren Anstieg der Schlachtschweinepreise ausbremsten.

Wenig Bewegung bei Notierungen: Die aktuellen Notierungen für Schlachtschweine in der EU blieben zuletzt meist stabil. In Deutschland ließ die Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Vieh und Fleisch (VEZG) ihre Preisempfehlung am 20. März erwartungsgemäß bei 2,20 Euro je Kilogramm Schlachtgewicht (SG) stehen. Auch in Belgien, Österreich und in den Niederlanden änderten sich die Auszahlungspreise der Schlachter nicht. Danish Crown (DC) berichtete - im Gegensatz zu manch anderen Marktbeteiligten - von einem zügigen Osterabsatz und anziehenden Drittlandsexporten von dänischen Schweinebäuchen nach Japan und deutschen nach Südkorea. Den Ankaufspreis für Schlachtschweine ließ DC aber ebenfalls unverändert. In Frankreich konnte sich die Notierung um 0,4 Cent auf 2,03 Euro je kg SG befestigen, in Spanien um 1,2 Cent auf 1,80 Euro je kg Lebendgewicht (LG). In beiden Ländern wird aber nicht damit gerechnet, dass es bis in den April hinein zu weiteren Aufschlägen kommt.

EU-Durchschnittspreis leicht fester: In der gesamten EU tendierten die Schlachtschweinepreise in der Woche zum 17. März stabil bis fester. Nach Angaben der Brüsseler Kommission wurden Tiere der Handelsklasse E im Mittel aller Mitgliedstaaten mit 217,47 Euro je 100 Kilogramm Schlachtgewicht (SG) abgerechnet; das waren 1,20 Euro oder 0,6 Prozent mehr als in der Vorwoche. Dazu trugen vor allem die Aufschläge der Schlachtunternehmen in Frankreich, Spanien, Portugal und Rumänien zwischen 1,7 und 2,0 Prozent bei. Moderater fiel der Zuwachs in Tschechien und Finnland mit jeweils 0,8 Prozent aus. Nur geringfügig mehr Geld für ihre Schlachtschweine erhielten die Erzeuger in Dänemark, Österreich und Polen, wo sich die Zuschläge auf jeweils 0,4 Prozent beliefen. Unverändert blieben die Preise unter anderem in Deutschland, den Niederlanden, Luxemburg, Ungarn und Bulgarien. Für Italien lagen erstmals seit längerem wieder Daten vor. Laut jüngster Meldung ging dort der Schlachtschweinepreis im Vorwochenvergleich um ein Prozent zurück.

Quelle: fleischwirtschaft.de

Die endgültigen Ergebnisse der Viehzählung vom 03. November, die nun vom Statistischen Bundesamt (Destatis) veröffentlicht wurden, bestätigen, dass sich nach den enormen Rückgängen der vergangenen Jahre eine Stabilisierung der Schweinebestände in Deutschland andeutet. Die Zahl der Betriebe hat sich allerdings weiter reduziert. Die von Destatis veröffentlichten endgültigen Ergebnisse der Viehzählung vom 03. November bestätigen nach den enormen Rückgängen der vergangenen Jahre eine Stabilisierung der Schweinebestände in Deutschland. Zum Stichtag befanden sich gemäß den endgültigen Ergebnissen rund 21,2 Mio. Schweine in den deutschen Ställen. Das waren 0,7 % oder 142 600 Tiere weniger als zum 3. November 2022. Die Zahl der schweinehaltenden Betriebe belief sich auf 16.200, was 800 oder 4,5 % weniger als ein Jahr zuvor sind.

Mastschweinebestand um 1,5 % rückläufig: In den einzelnen Tierkategorien ergibt sich folgendes

Ferkel VEZG

25 kg Notierung / 200er Gruppe

Aktuelle Woche: 85,00 EUR

(01.04.24 – 07.04.24)

Vorwoche: 85,00 EUR

Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

Aktuelle Woche: 2,20 EUR

(27.03.2024)

Vorwoche: 2,20 EUR

Dieser Newsletter wurde in Zusammenarbeit erstellt von:

Tierärzte Wonsees GmbH
Kulmbacher Str. 17
96197 Wonsees
www.tieraerzte-wonsees.de

Serviceteam Alsfeld
An der Hessenhalle 1
36304 Alsfeld
www.sta-alsfeld.de

